

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die heute vorzustellende Ausstellung entstand auf Grundlage meiner Forschungen und wurde als Auftrag an drei ausgewiesene Fachfrauen aus Berlin, Prof. Dr. Stefanie Endlich, Beate Rossié und Monica Geyler-von Bernus, vergeben, die sich seit längerem mit dem Spannungsfeld Kirche und Nationalsozialismus beschäftigen. Sie entwickelten aus dem Material eigene Zuspitzungen und Verdichtungen in sechs Themenfeldern, denen Flucht und Vertreibung, Antisemitismus und der Wandel im Verhältnis zum Judentum, die kirchliche Unterstützung von NS-Verbrechern, der Umgang mit der eigenen Schuld, die Diskussionen um Krieg und Wiederaufrüstung sowie der Antikommunismus als Erbe vordemokratischen Denkens behandelt werden.

Zu letzterem sei kurz angemerkt: Gemeint ist ein dualistisches Denken, dass nur in Gut und Böse unterteilt und nur Freund oder Feind kennt. Dieses Denken besteht auch nach dem Ende des Ostblocks fort, ja zurzeit scheint es stark zuzunehmen.

Die Ausstellungsmacherinnen haben für die sechs Unter-Kapitel der Ausstellung jeweils ein Ikonen-Foto aus dem übergreifenden Kontext ausgewählt. *„Diese Großfotos sind gewissermaßen als Angebote zur Wiedererkennung gedacht, indem sie auf assoziative Weise das eigene, individuelle Wissen über jene frühen Entwicklungen ansprechen und in die Betrachtung der Ausstellung einbinden. Einige der aufschlussreichen Zitate aus den „Neue Anfänge“ - Bänden wurden den einzelnen Kapiteln in konzentrierter Form vorangestellt. Mit diesen Stimmen übermitteln sich ideologische Denkweisen, die nach 1945 fort dauerten, aber auch Argumente für Aufklärung und Reflexion. So geben diese Zitate einen Eindruck von der Stimmungslage jener Jahre mit den Meinungen, Sorgen und Konflikten der kirchlichen und weltlichen Handlungsträger.“* So Professorin Endlich über das Konzept.

Manche der dargestellten Geschichten und Ereignisse sind bekannt, andere weniger. Dass, was wir über die frühe Zeit der Bundesrepublik erinnern, den Wiederaufbau, das deutsche Wirtschaftswunder, den neuen Wohlstand, wird hier nicht dargestellt. In der Ausstellung finden Sie viele Ereignisse und Geschichten, die nicht in unserem kollektiven Gedächtnis gespeichert sind.

Ich möchte beispielhaft auf das Eingangsfoto beim Thema Antisemitismus der Ausstellung verweisen und hier ein wenig Vertiefung bieten, die sie in der Langfassung in meinen Forschungsarbeiten finden können.

Zur Jahreswende 1959/60 kam es in Deutschland zu einer Welle von antisemitischen Schmierereien, die sowohl zum internationalen Skandal wurden als auch in Deutschland über mehrere Wochen Thema der Medien waren.

Auslöser war die Einweihung der Neuen Synagoge in Köln, die unmittelbar nach der Eröffnung, über die breiter berichtet wurde, mit antisemitischen Parolen beschmiert worden war. Diese Tat und die anschließende Medienberichterstattung lösten eine Vielzahl von Folgetaten in ganz Deutschland aus. Fast 500 Delikte wurden innerhalb von zwei Wochen gezählt. Die in- und ausländischen Medien waren allgemein überrascht, mit welcher Geschwindigkeit und in welchem Dimensionen sich ein überwunden geglaubter handgreiflicher Antisemitismus in Deutschland bemerkbar machte.

In Hamburg und Schleswig-Holstein kam es zu keinen Taten, was aber möglicherweise mit fehlenden öffentlich bekannten Zielen zusammenhängen könnte – Die neue Synagoge in Hamburg war noch nicht eröffnet worden. In der öffentlichen Debatte reagierte die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) mit der Erklärung „*Nicht länger schweigen*“, die den

Antisemitismus verurteilte. Die Geschichte der „Schmierwelle“ hat einen Vorspann, der sich auf der Nordseelinsel Pellworm abspielte, wo Johann Haar Pastor war: eine Ausnahmeerscheinung in der schleswig-holsteinischen Landeskirche. Einer von drei bekennenden Sozialdemokraten unter den Theologen. Johann Haar hatte aufgrund seiner Herkunft – ein Großelternpaar war jüdisch gewesen nicht die von ihm erwünschte Universitätslaufbahn einschlagen können, obwohl er die Lehrbefugnis erlangt hatte. Haar war einerseits streitbar, andererseits belasteten ihn Angriffe antisemitischer Art. Öffentlich hatte er dem holsteinischen Bischof Halfmann vorgehalten, nicht den Antisemitismus zu bekämpfen, was zu scharfen Angriffen des Chefs des EPD-Nord, Wolfgang Baader, führte. Der zuständige Schleswiger Bischof Wester, der einen zunehmend engen persönlichen Kontakt zu Haar pflegte, schrieb Ende September 1959 in einem Brief über Haar:

*„Er ist ja doch ein schwer angeschlagener Mann, seine Familie ist in den Konzentrationslagern und Gaskammern elendig zugrunde gegangen. Das alles zehrt an ihm. Eine Folge dieser Tatbestände ist offenbar auch die, dass er sich selbst verfolgt sieht, wovon gar nicht die Rede sein kann. Aber das redet man ihm nicht aus. Obwohl er uns allen, die wir dienstlich mit ihm zu tun haben, immer wieder Kummer bereitet, liegt er mir sehr am Herzen [...]“*

Die Situation verstärkte offenbar Haars Bindung zur Sozialdemokratie, für die er im Herbst 1959 erfolgreich für den Pellwormer Gemeinderat kandidierte. Kurz darauf entdeckte Haar am 9. November einen Zettel, der offenbar an den Zaun des Pastorates gehängt worden war. Darauf stand mit Hakenkreuzen verziert: „*Jud raus*“. Haars Frau gestand ihm darauf, ihm verschwiegen zu haben, dass bereits Wochen zuvor die Fenster des Pastoratneubaus mit Hakenkreuzen beschmiert worden waren. Die von Haar veranlassten staatsanwaltschaftlichen

Ermittlungen wurden im Dezember eingestellt und die landeskirchliche Pressestelle unter Wolfgang Baader versuchte, das Bekanntwerden des Vorfalls zu verhindern. In dieser Zeit – am 11. Dezember 1959 – starb Johann Haars Ehefrau.

Parallel bemühten sich Parteifreunde um stärkere Aufmerksamkeit der Kirche. So wandte sich die Kieler Landtagsabgeordnete Anna Brodersen an die Leiterin der landeskirchlichen Frauenarbeit, Pastorin Annemarie Grosch, sie möge sich um Unterstützung der Landeskirche gegen die antisemitischen Angriffe auf Haar bemühen. Der von Grosch angeschriebene Bischof Wester verwies auf seine intensive persönliche Unterstützung Haars: *„Ich bin mit Bruder Haar in guter Verbindung, auch was die Antisemitismen angeht. Er ruft mich in solchen Fällen gleich an und ich versuche, ihm zu helfen, so gut es dann jeweils geht.“* Die politische Dimension der Vorgänge erfasste er aber nicht.

Annemarie Grosch hatte in ihrem Schreiben am 19. Dezember 1959 die Vorkommnisse als *„diese antisemitische Welle“* beschrieben, die sich kurz darauf höchstens als Spitze des Eisbergs erweisen sollte. Genau eine Woche später erlebte die gesamte Bundesrepublik eine Welle antisemitischer Schmierereien in einer Größenordnung, die einen internationalen Skandal auslöste. Daraufhin berichteten sozialdemokratische Zeitungen von den Pellwormer Vorkommnissen. Der EPV-Nord-Chef Baader reagierte darauf, indem er nach Absprache mit den Bischöfen erfolgreich auf die Regionalpresse einwirkte, hierzu nichts zu veröffentlichen. Erst die Einstellung der Ermittlungen zu den Pellwormer antisemitischen Schmierereien wurde von Baader am 20. April [!] 1960 per Pressemitteilung bekanntgegeben. Die Pressemitteilung endete mit dem Hinweis: *„Pastor Haar – Pellworm ist Vierteljude und Sozialdemokrat.“* Dieser Satz wurde dick unterstrichen und von Wester mit der Bemerkung *„Was soll das?“* versehen.

Wester wusste nicht, dass Baader 1942 die Aufnahme in die SS beantragte hatte und bereits seit 1938 als Spitzel für den Sicherheitsdienst der SS tätig gewesen war. Hier hatte er allerdings Baaders denunziatorische Praxis erlebt, die in nationalsozialistischer Tradition stand, und keine Konsequenzen daraus gezogen.

In der Folge dieser Entwicklung wurde der Antisemitismus der Landeskirche konkret am Fall von Halfmanns Judenschrift von 1936 öffentlich thematisiert.

Diese Schrift war 1936 von Wilhelm Halfmann unter dem Titel „*Die Kirche und der Jude*“ in der volksmissionarischen Schriftenreihe der Bekennenden Kirche erschienen. Veranlasst war die Schrift durch den Bruderrat der BK. Das Ziel der Schrift war es, dem radikalisierten Antisemitismus insbesondere neuheidnischer Gruppen zu begegnen. In der Schrift hatte Halfmann ausdrücklich die antijüdische Gesetzgebung des NS-Staates unterstützt mit zahlreichen Verweisen auf Luthers Schriften. Die Schrift wurde bald verboten, auch wenn sie sich durch einen Antisemitismus auszeichnete, der religiöse mit völkischer Argumentation verband.

Der Auslöser für die Kontroverse um Halfmanns Schrift, die im Frühjahr 1960 stattfand, lag also in dem öffentlichen Erschrecken über das Sichtbarwerden des Antisemitismus in Westdeutschland. Und darin, dass die schleswig-holsteinische Landeskirche in Sachen Johann Haar als erste Betroffene versucht hatte, zu vertuschen.

Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass Schleswig-Holstein bereits eine Kette von Skandalen um den Schutz von NS-Verbrechern hinter sich hatte. Der Antisemitismus der Professoren Redeker und Beyer ließ bereits ein unangenehmes Licht auf die Landeskirche fallen und im November des Vorjahres war gerade erst der Euthanasie-Verbrecher Heyde/Sawade aufgefliegen. Das Land stand erst am Beginn der Aufklärung des Skandals, von dem zu diesem Zeitpunkt nur klar war, dass der Hauptförderer und Unterstützer

des untergetauchten Verbrechers der Synodenpräsident Generalstaatsanwalt Voß war. Gefühlsmäßig – so wäre zu vermuten – stand die Kirchenleitung bereits mit dem Rücken zur Wand. Zumindest wäre hierin eine Erklärung zu sehen, dass insbesondere Halfmann zu einem offenen Umgang mit den Kritikern nicht imstande war und intern Verschwörungen von Ludendorffern, Atheisten, Sozialdemokraten und der DDR vermutete.

Auf ein erstes Schreiben des um Aufklärung bittenden sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Wilhelm Siegel antwortete er in einer nicht unbedingt förderlichen Art:

*„Wie damals von mir der „Stürmer“ abgelehnt wurde, so heute die Hakenkreuzschmierer. Ich zitiere aus der Schrift: „Hier läuft alles auf einen naiven Pharisäismus hinaus, der die Juden moralisch denunziert. Mit Denunziation (oder wie man's auch nennt: „Aufklärung“) hat christlich erzogener Geist nicht gern zu tun.“ „Für die Kirche ist die rassische Begründung nicht ausreichend, die religiöse Haltung unerträglich“. Das gleiche Urteil über die Denunzianten, Entlarver, Enthüller habe ich heute noch, auch wenn sie aus anderen Löchern herauskriechen. Mit freundlicher Begrüßung“*

Auch wenn der Ton dieses Schreibens vor dem Hintergrund der Skandale verständlicher erscheint, so macht doch gerade dieser Hintergrund Halfmanns Wortwahl umso zweifelhafter. Rechtsstaatliche Verbrechensverfolgung wurde von ihm auf eine Ebene mit dem Denunziantentum des NS-Staates gestellt. Dem Mann des Wortes war hier offenbar nicht bewusst, dass seine Zeilen als Ungeheuerlichkeit interpretierbar waren.

Inhaltlich hatte Siegel u.a. darum gebeten, die Landessynode möge sich mit der Thematik beschäftigen. Hier wurde aber klar auf Verdrängung gesetzt. Genauso

wie der Heyde-Sawade-Skandal und die Mitwirkung von Synodenpräsident Voß war die gesamte Thematik auf der folgenden Synodentagung tabu. Einzig der Synodale Brodersen wies in seinen Anmerkungen zum Bericht der Kirchenleitung auf die Gefahr hin „*von diesen Dingen zu wenig zu reden.*“ – Auf diese Kritik wurde nicht reagiert.

Im Februar 1960 wurden im „*Informationsdienst des Deutschen Volksbundes für Geistesfreiheit e.V.*“ in der Ausgabe Nr. 127 unter dem Titel „*Bischof gegen die Juden im Dritten Reich*“ Auszüge aus Halfmanns Schrift ausgiebig zitiert und damit öffentlich gemacht. Die sozialdemokratische Flensburger Presse druckte den Artikel samt Zitaten umgehend unter der Überschrift „*Bischof D. Halfmann ein Antisemit*“ nach.

Die Art und Weise, wie Halfmann sich zur Wehr setzte, entsprach der Rezeption derjenigen, die ihm nahe standen. Es sind zahlreiche Beileidsschreiben erhalten, die sich nur in überschaubarem Maß mit der inhaltlichen Kritik auseinandersetzen, darunter Briefe des Vertriebenenministers Theodor Oberländer und des Landesministers Edo Osterloh.

Auch der hamburgische Landesbischof Witte schrieb an Halfmann: „*Ich habe die Schrift über Sie und die Juden gelesen. Wie tun Sie mir leid! Dass man sich mit solchen Dingen abplagen muss! Die Presse ist doch eine gierige Meute und das Wort vom Rufmord leider nur zu wahr. [...] Ich wollte Ihnen nur sagen, dass ich teilnehmend Ihrer gedenke und hoffe, dass bald wieder Ruhe eintritt. Mit sehr herzlichem Gruß Ihr Witte*“.

Das folgende Schreiben vom 17. Januar 1960 an Bischof Witte setzt die Ereignisse der Jahreswende 1959/60 als bekannt voraus. Es beschreibt die Verarbeitung des Geschehens aus der Perspektive der Telefonseelsorge:

*„Hochwürdiger Herr Bischof!*

*Soeben erhielt ich als "Wachhabender" bei der Telefon-Seelsorge folgenden Anruf, der mich sehr bewegt hat und den ich Ihnen kurz schildern will: Nachdem ich den Hörer abgenommen hatte, hörte ich ein lang anhaltendes Weinen und schließlich eine weibliche Stimme: "Ich habe solche Angst, ich glaube das kommt alles wieder!" - Es war eine Jüdin mittleren Alters, die 1934 emigriert ist, nach dem Krieg nach Deutschland zurückgekehrt ist und seit 1949 in Hamburg wohnt. Sie ist alleinstehend und hat keinen Menschen, der ihr nahe steht. Während des langen guten Gespräches mit ihr stellte sich heraus, dass sie gegen keinen Deutschen einen Hass hat, dass sie auch weiß, dass es nur ein sehr kleiner Prozentsatz Deutscher sein mag, der diese Schmierereien gut heißt, dass sie praktisch gar keine Möglichkeit sieht, dass "alles wiederkommt" - und doch diese unsagbare Angst. Wenn sie jünger wäre, würde sie auswandern - so sagte sie, aber ob ihr das den Frieden brächte, sei auch unklar.*

*Weshalb ich Ihnen, hochwürdiger Herr Bischof, dieses schreibe ist folgendes: diese Jüdin sagte: "Wenn doch wenigstens jemand aus meinem Haus oder aus der Nachbarschaft nur käme und mir ein freundliches Wort sagte!" - Sie wusste wohl, dass es nicht Antisemitismus sei, weshalb sie alle weg bleiben, sondern Befangenheit oder etwas ähnliches; jedenfalls ist doch aber sie (und gewiß nicht nur sie!) in diesen Tagen und Wochen allein und voll Angst. Und nun frage ich mich, ob ich nicht schuldig werde, wenn ich das weiß und nichts tue, ob alle Christen in Hamburg nicht schuldig werden, wenn sie - vielleicht ahnungslos - nichts tun. - Wenn wir einander auf diese Notlage aufmerksam machen, kann vielleicht an manchen Stellen etwas geholfen werden.*

*Mit ehrerbietigem Gruß verbleibe ich Ihr sehr ergebener Roland Linck*

*PS.: Beim Durchlesen des Briefes sehe ich, dass er die Spuren der vielen Störungen an sich trägt, die es beim Schreiben gab; wollen Sie das bitte übersehen. R.L.*



*PS.: 17.1. Bei der Ablösung erfahre ich, dass schon mehr Juden bei der Tel.-Seelsorge „aus Angst“ angerufen haben. R.L. “*

Offenbar las Bischof Witte den Brief und veranlasste eine Nachfrage nach der Anruferin, da ein Bearbeitungsvermerk auf dem Brief: *„Auskunft v. Herrn P. Linck: die Anruferin wollte anonym bleiben. K.“* eingetragen ist. Witte nahm hiervon Kenntnis, zeichnete gegen und verfügte den Brief schließlich am 4. Mai 1960 zu den Akten. Dass hier ein öffentliches Wort des Bischofs als Repräsentant der Landeskirche gefordert wurde, verdrängte er.

Während Witte in dieser Angelegenheit eine Sprachlosigkeit zeigte, war er umso wortreicher seinem Amtskollegen Halfmann gegenüber, dem er – wie oben beschrieben – zu den Angriffen auf seine Judenschrift kondolierte. In einem Antwortschreiben vom 11. März 1960 auf Halfmanns Erwiderung offenbarte er seine Haltung angesichts der öffentlichen Auseinandersetzung um die antisemitischen Vorfälle zum Jahreswechsel:

*„So stehe auch ich der Christlich-Jüdischen Vereinigung zwar freundlich, aber eben mit einer gewissen theologischen Reserve gegenüber. Als mich neulich der Hamburger Vorsitzende dieser Vereinigung fragte, ob ich zu einem Gespräch mit dem Hamburger Oberrabbiner bereit sei, habe ich bescheiden zurück gefragt, mit welcher Richtung ich es denn zu tun bekäme, ob mit den Orthodoxen oder mit den Liberalen, und darauf wusste mir der Betreffende keine Antwort zu geben. Mit den orthodoxen Juden habe ich immer in bester Fühlung gestanden. Hoffentlich klingt die Sache bald ab, damit Sie wieder Ruhe haben.“*

Mit dieser Haltung war aber Witte innerhalb der Landeskirche in der Minderheitenposition. Im Gegensatz zur schleswig-holsteinischen „Kirche der

Heimat“ berichtete die „Kirche in Hamburg“ ausführlich zu den antisemitischen Übergriffen und teilte die Reserve gegenüber der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit nicht: Am 31. Januar brachte die Kirche in Hamburg ein ausführliches Interview mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft, dem – evangelischen – Theologieprofessor Hans-Joachim Kraus über eine Sonderberatung des Aktionsausschusses der 27 Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, bei der u.a. ein Verbot neonazistischer Parteien und eine aktive Bekämpfung des Antisemitismus sowie eine offene selbstkritische Aufarbeitung der NS-Verbrechen gefordert worden war. Vor allem aber forderten die Gesellschaften, die Ängste der jüdischen Minderheit Ernst zu nehmen. Eine Ausgabe später folgte unter der Überschrift „*Ein Volk muss nachsitzen*“ ein Artikel über die Notwendigkeit zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Dieser wurde ergänzt mit einer Fotoreportage über eine Kundgebung „*gegen die antisemitischen Ausschreitungen und Neofaschismus*“ des Hamburger Jugendrings vor dem Ehrenmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Ohlsdorf, an der 8.000 Jugendliche teilgenommen hatten. Zur Woche der Brüderlichkeit füllte ein Essay über eine christlich-jüdische Begegnung während des Völkermords 1944 mit den Veranstaltungsankündigungen der Gesellschaft die ersten beiden Seiten der Kirchenzeitung.

Wie weitgehend die christlich-jüdische Annäherung gediehen war, zeigte sich im Herbst bei der Einweihung der neuen Synagoge, an der Senior Hauptpastor Dr. Wölber und der Synodenpräsident teilnahmen und eine Spende von 5.000,- DM von der Landeskirche für die jüdische Gemeindepflege übergaben. Wölber erklärte hierzu, man wolle damit „*zeichenhaft zum Ausdruck bringen, dass wir uns freuen, wenn Sie in der Freiheit des Glaubens, die unser Gemeinwesen uns allen gewährt, Ihren Dienst am Menschen als unsere Mitbürger tun nach dunklen Tagen, die uns eine Gewissenslast sind.*“

Nach der Teilnahme Wölbers am Einweihungsgottesdienst der neuen Synagoge wurde allerdings im Kirchenrat „*die Frage nach der Zulässigkeit und Form der Teilnahme an derartigen kultischen Handlungen aufgeworfen*“ und eine Klärung durch die Vereinigte Ev.-luth. Kirche Deutschlands (VELKD) in Auftrag gegeben. Hier meldete sich noch einmal die Minderheit unter Witte zu Wort.

Der danach erfolgte Diskussionsprozess führte zu einer (formalen) Akzeptanz des Judentums und Anfang 1961 wurden die Geistlichen der Landeskirche offiziell zu zwei Synagogengottesdiensten eingeladen, an denen der Landesrabbiner im Anschluss für Gespräche zur Verfügung stand. „*Diese Begegnung mit der jüdischen Gemeinde hier in Hamburg*“, so das Einladungsschreiben, „*könnte vielleicht auch ein kleines Zeichen unseres Betroffenseins von dem Schicksal der jüdischen Menschen werden.*“

Damit schließe ich meinen Ausflug in die Jahre 1959/60. Ein persönlicher Nachtrag: Der Pastor der Telefonseelsorge, der das Schreiben an Bischof Witte verfasst hatte, war mein Vater.

Als ich vor einigen Jahren das Schriftstück im Kirchenarchiv entdeckte, befragte ich ihn zu dieser Geschichte. Er konnte sich nicht daran erinnern. Als ich ihm das damalige Geschehen – die Geschichte der sogenannten „antisemitischen Schmierwelle“ erzählte, tauchte es langsam aus seiner Erinnerung auf. Wir diskutierten damals lange darüber, wie unser Gedächtnis funktioniert.

Wir erinnern, was wir gerne erinnern und vergessen das Unangenehme.

Bei vielem geht es darum, Erinnerung wach zu rufen bzw. Dinge in Erinnerung zu behalten – die Erinnerung zu bewahren.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen, versucht dies. Ein solches Erinnern ist nicht uneigennützig. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit kann uns helfen,

die Gegenwart zu verstehen und unseren Blick auf das aktuelle Geschehen zu schärfen. Vergessen und Verdrängen erhöht die Gefahr, Fehler zu wiederholen.

Landesbischof Ulrich hat es noch weitergehender formuliert. Er sagte:

*„Gott selbst ist Gedächtnis. Und darum ist Sich-Erinnern eine Art Annäherung an Gott – und Vergessen und Verdrängen sind eine Art, Gott los zu werden.“*

In diesem Sinn hat diese Ausstellung in der Kirche einen sehr guten Platz.

Vielen Dank!